

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz
Gemeindeverbands-Girokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fersprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Ercheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Gold-Pfg., für Selbstabholer 80 Gold-Pfg. Einz. Nummer 10 Gold-Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezueher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt
Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 187

Bad Schandau, Dienstag, den 12. August 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der französische Ministerrat stimmte dem Plan Herriots zu, die Ruhr in höchstens 12 Monaten zu räumen, wenn ein günstiger Handelsvertrag von Deutschland bewilligt wird.

* Alle wegen sogen. Ruhrvergehen verurteilten Deutschen werden amnestiert, ebenso müssen die Separatisten begnadigt werden.

* Im Reichstage zu Berlin sowie in vielen Städten des Reichs fanden Feiern zur Erinnerung an die Begründung der Weimarer Republik statt.

* Im besetzten sächsischen Gebiet wurde die Ausweisung von 6400 Reichsbeamten (86% aufgehoben). Von 175 ausgewiesenen Staats- und Gemeindebeamten wurde bisher nur 47 (27%) die Rückkehr gestattet.

Herriots „Sieg“.

Fanfaren, Glockengeläut, Triumphzüge. Friedensbringer Herriot ist in Paris freundlich aufgenommen und mit dem Segen und der Zustimmung des Gesamtkabinetts, mit freundlicher Ermunterung des Präsidenten der Republik wieder nach London zurückgeschickt worden. Man hat ihm nicht, wie weitand seinem Vorgänger Briand, der in Cannes zu einer Verständigung mit Deutschland gelangen wollte, den Kopf abgerissen oder doch wenigstens in offener Kammerstimmung schmähtlich ins Gesicht gelassen. Nicht einmal Kriegsminister Kolllet ist auf der Strede geblieben. Durchaus nicht. Ein Herz und eine Seele treten die beiden hervorragenden Mitglieder der französischen Delegation vor das Forum der Londoner Konferenz, und die Welt wird erwarten, daß nun in wenigen Sitzungen sich alles in Freundschaft und Wohlgefallen auflösen werde. Denn wenn selbst die Frage der militärischen Räumung der Ruhr befriedigend gelöst werden kann, welche Schwierigkeit sollte dann noch der langersehnten deutsch-französischen Annäherung ernstlich entgegenstehen?

Herrlich, wenn es so wäre. Welcher Deutsche würde nicht freier aufatmen, wenn er sich darauf verlassen könnte, daß aus Hagen und Bochum, aus Dortmund und Essen die fremden Bedrücker heute oder morgen abziehen und mit ihnen der ganze Troß dieser französisch-belgischen Belagerungswirtschaft für immer verschwinden soll. Darüber hinaus natürlich auch Düsseldorf, Altheim und Ruhrort nicht zu vergessen, wie auch die Städte und Flecken im sächsischen und wälschen, wo die Franzosen überhaupt niemals etwas zu suchen hatten. Wir sind ja so bescheiden geworden; wir glauben schon Grund zur Freude und Dankbarkeit zu haben, wenn nur alles, schweres Unrecht, unter dem unsere Brüder und Schwestern seit Jahr und Tag unsäglich zu leiden haben, aufgehoben wird — ohne Wiedergutmachung natürlich! Nein, im Gegenteil. Wenn die Franzosen ein Unrecht aufgeben, so verlangen sie dafür — Kompensationen! Weil die Welt eben nicht glauben darf, daß sie mit dieser oder jener „Sanktion“ ein Unrecht begangen, einen Vertrag verletzt, ein anderes Volk über Verdienst und Gebühr geknechtet haben, so muß die Beendigung eines Konfliktes immer so „gepingert“ werden, daß der Gegner draufzahlt und damit also ein Unrecht zum mindesten mittelbar eingesticht.

Es sprechen Anzeichen dafür, daß es auch diesmal so kommen soll. Es wird uns angefohlen, den Rückzug der Franzosen aus der Ruhr durch Konzessionen auf wirtschaftspolitischen Gebieten zu erkaufen, insbesondere sollen wir ihnen einen Handelsvertrag anbieten, der das Loch im Westen in anderer Form noch weiter wehrt wie lange weiterbestehen läßt und dadurch der deutschen Industrie und dem deutschen Handel neuen schweren Schaden zufügen muß, nur damit die Unerfahrenheit der Franzosen auch noch über den 10. Januar 1925 hinaus ohne sonderliche Anstrengungen auf ihre Kosten kommen kann. Bringt Herriot uns die Ruhräumung, so erfüllt er damit im Grunde nur eine Pflicht, die für die Franzosen schon im vorigen Herbst überfällig wurde, als der Reichkanzler Dr. Stresemann den passiven Widerstand für beendet erklärte. Statt dessen ist sie bis zum heutigen Tage hinauszögert worden, und jetzt endlich soll sie, immer noch in Etappen bis in das nächste Jahr hinein, durchgeführt werden, weil Frankreich einsehen muß, daß es ohnedies nicht mehr geht. Die Franzosen haben gar keine Ursache, aus ihrem Abzug viel Wesens zu machen; je stiller sie aus dem Ruhrgebiet verschwinden, desto besser für sie.

So liegen die Dinge, wenn man an die Aufrichtigkeit des Paktes glauben soll, den Herr Herriot jetzt vielleicht in London abschließen wird. Aber die Zustimmung des Generals Kolllet, die er dabei gefunden hat, nötigt zu schärfstem Mißtrauen. Darüber braucht man keine Worte weiter zu verlieren. Wenn schon der bürgerliche Ministerpräsident sich nachsagen lassen muß, daß er nichts umsonst tun wird, um wieviel mehr Reserve gehört sich gegenüber dem früheren Leiter der internationalen Kontrollkommission, von dem wir wissen, daß nicht einmal die Uniform der deutschen Schutzpolizei ihn ruhig schlafen ließ. Wir

Ruhräumung in höchstens 12 Monaten

Die Pariser Beschlüsse.

Nach dem „Matin“ erklärte Ministerpräsident Herriot im Ministerrat, er werde das in London zu schließende Abkommen erst endgültig akzeptieren, nachdem er ein Vertrauensvotum von der Kammer und dem Senat erhalten habe.

Die Bedingungen.

Die Londoner „Daily Mail“ nennt folgende französische Bedingungen für die militärische Räumung des Ruhrgebietes:

1. Zollfreie Einfuhr von Eisenerz und anderen Dingen aus Elsaß-Lothringen ins Ruhrgebiet und 2. eine Verzögerung der Räumung des Kölner Brückenkopfes durch die Engländer, sofern von Deutschland nicht gewisse Bedingungen erfüllt sind, nämlich die Ausführung der Londoner Vereinbarungen.

Einige Pariser Blätter stimmen Leidenstöne an und der „Gaulois“ schreibt gar unter der Überschrift „Die Ruhr wird geopfert“: Missionen sind nicht länger erlaubt. Die militärische Besetzung der Ruhr als Unterpfand für die Sicherheit Frankreichs wird endgültig aufgegeben. „L'clair“ fordert Marschall Foch zu einer Nichtigstellung der Behauptung auf, wonach er zu dem Plan Herriots über die militärische Räumung der Ruhr seine Zustimmung erteilt habe. „Le Nouvelliste“, das Organ des Linkskartells, legt über die neue Entwicklung in der politischen Situation große Genugtuung an den Tag.

Vollständige Amnestie.

Das in London mit der Behandlung der Amnestiefrage betraute, aus einem deutschen, einem französischen

und einem belgischen Sachverständigen zusammengesetzte Juristenkomitee ist zu einer Regelung der Amnestiefrage gelangt.

Danach erstreckt sich die Amnestie auf alle politischen Handlungen, die in den besetzten Gebieten seit Beginn der Ruhrbesetzung begangen worden sind, ferner auf alle Zuwiderhandlungen gegen die Befehle, Erlasse und sonstigen Anordnungen der Besatzungsbehörden und der deutschen Behörden. Alle hiermit zusammenhängenden Strafen werden erlassen und es dürfen keine neuen verhängt werden. Ausgenommen von der Amnestie sind nur solche Personen, die Verbrechen gegen das Leben mit tödlichem Erfolg begangen haben.

Die ursprünglich vom zweiten Komitee gefaßten Beschlüsse hatten wesentlich anders ausgesehen. Die Begnadigung der Deutschen sollte dem Ermessen der französischen und der belgischen Regierung überlassen bleiben. Ferner war darin ein wichtiger Vorbehalt wegen der „gegen die Sicherheit der Besatzungsstruppen gerichteten Handlungen“ gemacht worden, was natürlich ein sehr dehnbarer Begriff ist. Endlich sollten die an sogenannten Sabotageakten beteiligten Deutschen von der Amnestie überhaupt ausgeschlossen bleiben. In allen diesen Punkten hat das Juristenkomitee sich auf den Standpunkt Macdonalds gestellt, der erklärte, beide Parteien müßten in der Amnestiefrage durch alles Vergangene einen energischen Strich machen. Auch die Separatisten müssen von Deutschland amnestiert werden. Die Beschlüsse des Juristenkomitees bedürfen noch formell der Genehmigung durch die Vollkonferenz. Sie bedeuten Freiheit für alle in Gefangenschaft befindlichen Deutschen und die Wiederherstellung der deutschen Justizoberheit in den besetzten Gebieten.

Der Verfassungstag.

Feier der Reichsregierung im Reichstage.

Berlin, 11. August.

Saal und Tribünen waren schon lange vor Beginn mit einer festlich gekleideten Menge angefüllt, die Vertreter der Reichsregierung waren, soweit sie in Berlin sind, vollständig anwesend. Auch die Vertreter der Länder und Gemeinden waren zahlreich zur Stelle. Bei dem Erscheinen des Reichspräsidenten in der früheren Hofloge, den man durch Erheben von den Sitzen begrüßte, nahm die Feier mit dem Gesang des Domchoros: „Wo ist ein so herrlich Volk?“ von Brahms ihren Anfang. Darauf ergriff der erste Bürgermeister von Hamburg, der frühere demokratische

Abgeordnete Dr. Peterßen,

das Wort zur Festrede. Er legte seinen Ausführungen das Wort zugrunde, daß der 11. August ein Tag des deutschen Volkes sei. An diese Ansprache schloß sich der Chorgesang von Albert Weder: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen“, worauf an Stelle des noch in London weilenden Reichskanzlers Dr. Marx der

Innenminister Dr. Jarres

die Tribüne betrat. Er sagte, weil die Weimarer Verfassung unsere Verfassung sei, deshalb hätten wir sie alle zu achten und zu wahren. Der Redner ging auch auf die Londoner Verhandlungen ein und führte aus, daß Deutschland die unmöglich schweren Lasten, welche das jetzt zur internationalen Verhandlung stehende Sachverständigengutachten ihm zumutet, nur dann tragen könne, wenn es wenigstens die schmalen Freiheiten wiedererhält, die ihm der Friedensvertrag ließ. Die Rede endete in einem Hoch auf das in der Republik geeinte deutsche Volk, in das die Anwesenden stürmisch einfielen.

Das von allen Anwesenden stehend gesungene Deutschlandlied beendete die Feier. Nach dem Verlassen des Reichstages nahm der Reichspräsident die Parade über die vor dem Hause aufgestellte Ehrenkompagnie ab.

Programmäßig war der Feier im Reichstag ein Aufmarsch der Schutzpolizei im Lustgarten vorangegangen. Der preussische Ministerpräsident: Braun stellte in einer Ansprache fest, daß die Polizei nur ein Instrument des Friedens sei, daß sie lediglich die Staatsautorität zur Geltung bringen und die Ordnung im Lande aufrechterhalten soll. Reichspräsident Ebert begrüßte die Schutzpolizei und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Schutzpolizei unerschütterlich auf dem Boden der Reichsverfassung stehe.

Die Reichs- und Staatsbehörden feierten ebenfalls vor-mittags bereits in den Räumen des Cafés Sanssouci. Nachmittags widmete sich ein Sportfest im Lustgarten ab, bei dem vom Reichspräsidenten Preise verteilt wurden. Abends wurde im Staatlichen Schauspielhaus Beethovens 9. Symphonie aufgeführt. Die verschiedenen Veranstaltungen, wie Umzüge, Versammlungen, Ansprachen, die bereits am Sonntag stattfanden, wickelten sich ohne Störungen ab. Schwarz-rot-goldene Klagen sah man nur vereinzelt an den Gebäuden.

müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Rückzugslinie, auf der diese beiden Männer sich geeinigt haben, für uns nichts weniger bedeuten würde als einen Passionsweg, und daß deshalb die militärische Räumung des Ruhrgebietes, wie sie von ihnen geplant wird, für die deutsche Delegation möglicherweise kaum annehmbar sein könnte. Die sofortige Räumung der Ruhr ist von allen Mitgliedern der Reichsregierung wie auch von allen Parteien ohne Unterschied ihrer sonstigen politischen Einstellung stets und ständig als die Grundbedingung für die Annahme des Dawes-Gutachtens bezeichnet worden. An dieser Forderung müssen wir deshalb unbedingt festhalten, wenn anders nicht der Reichstag hinterher durch alle die feingesponnenen Formeln von London einen dicken Strich ziehen soll.

Telegrammwechsel Ebert — Marx.

Berlin, 11. August. Der Reichspräsident hat das Telegramm des Reichskanzlers zur Verfassungsfeier mit einer Depesche beantwortet, in der es heißt: „Ich erwidere Ihren Gruß mit dem herzlichsten Wunsche, daß Ihre und Ihrer Mitarbeiter verantwortungsvolle Arbeit zu einer Lösung führen möge, die unserem schwergeprüften Vaterlande Freiheit und Hoffnung auf friedliche Entfaltung seiner Kräfte gibt. Reichspräsident Ebert.“

Befriedigung in London.

London, 11. August. Der Rat der Vierzehn hat heute von 11 bis 12½ Uhr eine Sitzung abgehalten. Es verlautet, daß die Delegierten über die erreichten Ergebnisse hoch befriedigt sind. Die Konferenz ist in „gehobener Stimmung“. Alle Ausschüsse haben ihre Berichte jetzt fertiggestellt. Das dritte Komitee hat seine Tätigkeit heute in aller Fröhe beendet.

Die Frage der wirtschaftlichen Räumung.

London, 11. August. In der Frage der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes sollen den Deutschen verschiedene wesentliche Konzessionen gemacht worden sein. 1. wurde die Klausel mit Bezug auf die Anleihe aus der Liste der deutschen Verantwortlichkeiten entfernt, 2. ist die Räumungsdauer beschränkt worden, so daß sie statt am 15. schon am 5. Oktober beendet ist, 3. ist die für die noch weiterlaufenden Steuern von Deutschland während der Übergangszeit zu zahlende Summe von 5 Millionen auf 2 Millionen Goldmark ermäßigt worden, 4. soll der Übergang der Regieeisenbahnen in das neue deutsche Eisenbahnsystem bereits am 20. Dezember beendet sein und 5. wurden die Amnestiebestimmungen angenommen, nach denen in den besetzten Gebieten niemand mehr verhaftet oder verfolgt werden soll aus Gründen seiner politischen Haltung während der Besetzung des Ruhrgebietes.

Amerikanische Pulverfabrik zerstört.

In Oldhickory wurde durch eine Feuersbrunst eine Pulverfabrik zerstört. 50 Gebäude, die größtenteils an die Regierung als Pulverspeicher vermietet waren, brannten nieder. 45 Millionen Pfund Pulver, die der Regierung während des Krieges etwa 22½ Millionen Dollar gekostet hatten, und deren jetziger Wert etwa 2 Millionen beträgt, wurden vernichtet. Der Wert der Gebäude betrug 5 Millionen Dollar.